

8. Volksschulgesetz (VSG), Lehrpersonalgesetz (LPG), Geleitete Lehrmittel-freiheit

Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 3. Februar 2026

KR-Nr. 19b/2022

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Es liegt ein Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner und Mitunterzeichnenden auf Ablehnung der parlamentarischen Initiative (PI) vor. Dies ist einem Antrag auf Nichteintreten gleichzustellen.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Lehrpersonen sollen mehr Freiheit bei der Wahl der Lehrmittel erhalten. Dieses Anliegen geht auf eine parlamentarische Initiative von FDP, GLP und SVP aus dem Jahr 2022 zurück. Ob und wie dies genau geschehen soll, hat die Kommission für Bildung und Kultur an insgesamt 18 Sitzungen beraten.

Als Erstes hat sie verschiedene Anhörungen durchgeführt. Das Volksschulamt hat daraufhin anhand eines Erlassentwurfs Anfang 2025 eine Vernehmlassung durchgeführt. Unter den 73 Vernehmlassungsteilnehmenden hielten sich die befürwortenden und die ablehnenden Stellungnahmen die Waage. Aufgrund der Stellungnahme der Redaktionskommission nahm die KBIK an der Vorlage nur noch geringfügige Anpassungen vor. Die Mehrheit der KBIK sah sich nach der Vernehmlassung in ihrem Anliegen bestätigt.

Der Regierungsrat dagegen lehnt die parlamentarische Initiative unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vernehmlassung ab. Unter anderem verweist der Regierungsrat auch auf den zusätzlichen Aufwand, den das neue Lehrmittelmmodell für alle Beteiligten mit sich bringen wird. Die Regierung geht auch nicht von Kosteneinsparungen aus.

Für die KBIK-Mehrheit macht das Beibehalten obligatorischer Lehrmittel in den Kernfächern keinen Sinn. In anderen Kantonen habe sich die geleitete Lehrmittelfreiheit längst bewährt. Die grössere Lehrmittelveielfalt stärke auch den Qualitätswettbewerb. Kosten könnten also eingedämmt werden. Zudem gestatte die Wahlfreiheit den Lehrpersonen, das für ihre spezifische Schulsituation geeignetste Lehrmittel zu wählen. Nachdem mit HarmoS (*Interkantonale Vereinbarung über Harmonisierung der obligatorischen Schule*) und dem Lehrplan 21 die Ziele für die obligatorische Schule harmonisiert worden seien, sei der Anschluss an andere Schulen und Schulstufen auch mit dem neuen Lehrmittelmmodell gewährleistet. Auch sieht die KBIK-Mehrheit den Zürcher Lehrmittelverlag (LMVZ) durch die neue Regelung nicht gefährdet. Dessen Lehrmittel fänden sich auch auf den Lehrmittellisten anderer Kantone.

Die Minderheit der Kommission beantragt, die parlamentarische Initiative abzulehnen, also nicht auf die Vorlage einzutreten. Die jetzige kantonale Lehrmittelpolitik habe sich bewährt. Die Lehrmittel seien praxisnah. Die Lehrpersonen könnten zudem bereits heute jederzeit zusätzliche Lehrmittel verwenden. Nur die

bisherige Lösung garantiere durch das Verwenden derselben Lehrmittel den Anschluss bei Klassen- und Stufenwechseln. Sie erleichtere auch die Zusammenarbeit im Team. Zudem gebe es in der Deutschschweiz gar keinen freien Lehrmittelmarkt. Der Zürcher Lehrmittelverlag werde durch den Wegfall des Obligatoriums bei den Lehrmitteln für Kernfächer geschwächt. Profitieren würden davon vor allem die ganz wenigen grossen Lehrmittelverlage.

Die KBIK beantragt Ihnen vor diesem Hintergrund mit 8 zu 7 Stimmen, die Vorschriften zu den Lehrmitteln im Volksschul- und Lehrpersonalgesetz zu liberalisieren. Lehrpersonen sollen also künftig geeignete Lehrmittel aus einer Liste auswählen können. Der Bildungsrat wird diese Lehrmittelliste erlassen. Die bereits heute bestehende Lehrmittelkommission wird diese Liste erarbeiten.

Fachleute und Lehrpersonen aller Stufen der Volksschule werden darin vertreten sein. Die Lehrmittelkommission wird zukünftig aber unabhängig von Lehrmittelverlagen arbeiten. Die Lehrmittel auf der Liste müssen dem Lehrplan entsprechen, methodisch hochwertig und zu marktüblichen Preisen verfügbar sein. Wenn zahlreiche Lehrmittel für ein Fach zur Verfügung stehen, kann eine Auswahl getroffen werden. Der Bildungsrat kann Lehrmittel der Lehrmittelliste zudem für alternativ-obligatorisch oder obligatorisch erklären. Die Lehrperson hat das Recht, den Unterricht im Rahmen des Lehrplans, der Lehrmittelliste, der alternativ-obligatorischen und obligatorischen Lehrmittel, des Schulprogramms und der Beschlüsse der Schulkonferenz frei zu gestalten.

Was die finanziellen und personellen Auswirkungen der Vorlage betrifft, gehen die Meinungen der Kommissionsmehrheit und der Kommissionsminderheit auseinander. Die Mehrheit erhofft sich Kosteneinsparungen, während Letztere von einem zusätzlichen Aufwand für Kanton und Gemeinden ausgeht. Bei Unternehmen führt die Vorlage zu keinen Mehrbelastungen. Ich danke Ihnen, wenn Sie den Antrag der KBIK-Mehrheit auf Anpassung des Volksschulgesetzes und des Lehrpersonalgesetzes im Sinne der geleiteten Lehrmittelfreiheit unterstützen.

Roger Schmidinger (SVP, Urdorf): Wir beraten heute die Vorlage, die den Lehrpersonen mehr Freiheit, den Schulen mehr Verantwortung und dem Bildungssystem mehr Qualität durch Wettbewerb ermöglichen soll. Es geht um die Lehrmittelfreiheit. Die Diskussion darüber dauert mittlerweile schon mehrere Jahre, und man könnte auch sagen, dass damit das Geschäft bewusst verzögert wurde. Die Kommission für Bildung und Kultur hat nämlich Anhörungen durchgeführt, andere Kantone analysiert, Lehrpersonen angehört und zahlreiche Stellungnahmen ausgewertet.

Dabei zeigte sich vor allem eines: Die Bildungslandschaft hat sich verändert und mit ihr auch die Anforderungen an die modernen Lehrmittel. Die Minderheit ist gegen eine fortschrittliche, zukunftsorientierte Entwicklung in der Bildung und möchte lieber an den alten Zöpfen festhalten. Die zentrale Frage lautet deshalb nicht mehr: «Brauchen wir Lehrmittelfreiheit?», sondern vielmehr: «Wie schaffen wir es, unseren Lehrpersonen die besten Werkzeuge für guten Unterricht zur Verfügung zu stellen?»

Für uns ist klar: Gute Bildung entsteht nicht durch ein monopolisiertes Lehrmittel. Gute Bildung entsteht durch engagierte Lehrpersonen, pädagogische Kompetenz und die Möglichkeit, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Wir haben langsam das Gefühl, dass es gar nicht um bessere Qualität der Schüler und Schülerinnen mit eigenem Denken geht, sondern nur noch um Gleichschaltung. Genau deshalb ist die geleitete Lehrmittelfreiheit der richtige Weg.

Wir sprechen hier nicht von Chaos oder Beliebigkeit. Niemand fordert einen unregelmässigen Markt. Die Vorlage sieht ausdrücklich vor, dass der Bildungsrat weiterhin eine Lehrmittelliste erlässt. Die Lehrmittel müssen dem Lehrplan entsprechen, methodisch hochwertig und praxistauglich sein. Innerhalb dieses Rahmens sollen Lehrpersonen auswählen können, welches Lehrmittel für ihre Klasse, ihre Schule und ihre Unterrichtsmethode am besten geeignet ist. Genau dies entspricht letztlich auch der Methodenfreiheit der Lehrpersonen.

Denn Unterricht ist keine industrielle Massenproduktion. Jede Klasse ist anders. Jede Schülerin und jeder Schüler lernt anders. Manche Kinder brauchen mehr Struktur, andere mehr Praxisnähe und andere wiederum digitale Unterstützung oder zusätzliche Vertiefung. Gerade im digitalen Zeitalter wird die Flexibilität immer wichtiger. Der klassische Drill-and-Practice-Teil, also das Üben, Wiederholen und Festigen von Wissen, kann heute zunehmend digital erfolgen. Schülerinnen und Schüler können Aufgaben orts- und zeitunabhängig bearbeiten, Lernstände individuell überprüfen und sich Inhalte in eigenem Tempo aneignen.

Das ist ein enormer Fortschritt. Digitale Medien ermöglichen personalisiertes Lernen, sie ermöglichen unmittelbares Feedback und entlasten die Lehrpersonen bei repetitiven Aufgaben, sodass mehr Zeit für den eigentlichen Unterricht bleibt, für Förderung, Begleitung und pädagogische Arbeit. Gerade deshalb braucht es nicht weniger Freiheit, sondern mehr pädagogischen Gestaltungsspielraum.

Die Lehrperson wird dadurch auch nicht geschwächt, im Gegenteil, sie wird in ihrer Professionalität gestärkt. Andere Kantone machen es längst vor, Baselland, Luzern oder St. Gallen haben ihr System geöffnet oder bewegen sich in diese Richtung. Der Kanton Zürich ist hier etwas rückständig. Die Erfahrungen zeigen, dass geleitete Lehrmittelfreiheit praktikabel ist und von vielen Lehrpersonen geschätzt wird.

Auch die Befürchtung, die Qualität könnte leiden, überzeugt nicht, denn Qualität entsteht nicht dadurch, dass dasselbe Lehrmittel verwendet wird. Qualität entsteht durch gute Lehrpersonen, klare Lernziele und hochwertige Inhalte. Trotzdem sind die Lernziele mit HarmoS und dem Lehrplan 21 harmonisiert. Der Anschluss zwischen den Schulen und den Schulstufen bleibt so gewährleistet.

Zudem fördert die Vielfalt auch Innovation. Ein Qualitätswettbewerb sorgt dafür, dass die Lehrmittel laufend verbessert werden. Neue didaktische Ansätze, moderne digitale Lernformen und praxisnahe Inhalte erhalten überhaupt erst eine Chance. Der jetzige Zustand hingegen birgt immer mehr die Gefahr von Stillstand.

Und noch etwas ist wichtig: Diese Vorlage ist auch ein Vertrauensbeweis gegenüber den Lehrpersonen. Wir erwarten von ihnen täglich Professionalität, Verantwortung, pädagogisches Feingefühl, dann sollten wir ihnen auch das Vertrauen geben, innerhalb eines definierten Rahmens das passende Lehrmittel auszuwählen. Wer Methodenfreiheit ernst nimmt, soll auch bei den Lehrmitteln mehr Freiheit zulassen. Selbstverständlich wird es weiterhin gewisse obligatorische oder alternativ-obligatorische Lehrmittel geben können, auch das sieht die Vorlage ausdrücklich vor. Aber wir öffnen das System dort, wo die Öffnung sinnvoll ist. Unsere Schulen stehen vor grossen Herausforderungen: zunehmende Heterogenität, Digitalisierung, individuelle Förderung und steigende Anforderungen an die Unterrichtsqualität. Diese Herausforderungen lösen wir nicht mit starren Strukturen aus den vergangenen Jahrzehnten. Wir lösen sie mit Vertrauen, mit Qualität, mit modernen Rahmenbedingungen. Die geleitete Lehrmittelfreiheit verbindet genau das, klare Qualitätsstandards auf der einen Seite und pädagogische Freiheit auf der anderen. Darum bitte ich Sie, auf diese Vorlage einzutreten und den Anpassungen der geleiteten Lehrmittelfreiheit zuzustimmen und eine fortschrittliche, zukunftsorientierte Bildung zu ermöglichen. Die SVP/EDU-Fraktion wird sich dafür einsetzen.

Minderheitsantrag Sibylle Jüttner, Karin Fehr Thoma, Hanspeter Hugentobler, Livia Knüsel, Carmen Marty Fässler, Lejla Salihu, Kathrin Wydler:
Die parlamentarische Initiative wird abgelehnt (Nichteintreten).

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen): Die vorliegende Initiative wirkt auf den ersten Blick sehr attraktiv: mehr Freiheit für Lehrpersonen, mehr Wettbewerb, mehr Auswahl bei den Lehrmitteln. Und ja, der Wunsch vieler Lehrpersonen nach mehr pädagogischer Freiheit ist absolut nachvollziehbar. Lehrpersonen leisten täglich anspruchsvolle Arbeit. Sie kennen ihre Klassen und wissen oft sehr genau, welche Materialien gut funktionieren. Diesen Wunsch nach Flexibilität muss man ernst nehmen. Ich bin überzeugt, dass auch der Bildungsrat dieses Anliegen sehr ernst nimmt.

Wir haben aber auf der anderen Seite auch eine Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern. Genau deshalb müssen wir sorgfältig prüfen, ob die vorgeschlagene Lösung tatsächlich Verbesserungen bringt oder ob sie am Ende mehr Probleme schafft, als sie löst. Das heutige System funktioniert grundsätzlich gut. Bereits heute besteht keine starre Einheitslösung. Lehrpersonen verfügen jetzt schon über Methodenfreiheit, können Zusatzmaterialien einsetzen und mit Alternativ-Obliatorien arbeiten. Und gleichzeitig sorgen gemeinsame Lehrmittel in den zentralen Fächern dafür, dass Schülerinnen und Schüler im ganzen Kanton vergleichbare Grundlagen erwerben.

Und genau das ist in Zürich zentral. Zürich ist nicht irgendein kleiner Kanton. Wir haben eine grosse, mobile und heterogene Schullandschaft. Schülerinnen und Schüler wechseln Schulen und Gemeinden, treten in die Sekundarstufe über oder

bereiten sich auf die ZAP (*Zentrale Aufnahmeprüfung*) respektive das Gymnasium vor. Einheitliche Lehrmittel schaffen hier vergleichbare Voraussetzungen und tragen vielleicht einen kleinen Teil zur Chancengerechtigkeit bei.

Ein Beispiel: In der Sekundarschule Andelfingen kommen Kinder aus vier verschiedenen Schulgemeinden zusammen. Müssen diese vier Schulgemeinden sich künftig absprechen, damit der Übergang für alle Kinder gleich reibungslos funktioniert? Mit einer Annahme dieser Initiative werden die ganzen Schnittstellen noch anspruchsvoller, und wir alle wissen, welche Kinder hier auf der Strecke bleiben. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien oder mit Förderbedarf profitieren davon, wenn Lernziele und Inhalte und Struktur klar und verlässlich sind.

Denn die sogenannte geleitete Lehrmittelfreiheit führt in der Praxis nicht zu weniger Aufwand, sondern zu mehr Bürokratie und mehr Unsicherheit. Künftig muss diese Lehrmittelkommission praktisch den gesamten deutschsprachigen Lehrmittelmarkt laufend prüfen und bewerten. Die Pädagogische Hochschule, zahlreiche Gemeinden sowie Verbände wie die LKV (*Lehrpersonenkonferenz der Volksschule Kanton Zürich*), die LKM (*Lehrpersonenkonferenz Mittelschulen Kanton Zürich*), der ZLV (*Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband*) oder der VPOD (*Verband des Personals öffentlicher Dienste*) sagen in der Vernehmlassung hierzu, das sei kaum machbar, teuer und administrativ enorm aufwendig.

Lehrpersonen müssten künftig deutlich mehr Zeit investieren, um Lehrmittel zu vergleichen, auszuwählen und sich im Team abzustimmen. Gerade in Jobsharing-Modellen oder Parallelklassen steigt der Koordinationsaufwand massiv. Schulleitungen müssten im schlimmsten Fall Konflikte moderieren, und wahrscheinlich, vermute ich, werden dann einfach auf der Ebene Schule die Vereinheitlichungen der Lehrmittel vorgenommen, was schlussendlich den Lehrpersonen keine neue Freiheit bringt, sondern einfach mehr Aufwand gibt. Ebenfalls denkbar ist, dass die Gemeinden dann aus Budgetüberlegungen eine Lehrmittelauswahl treffen, ohne zwingend über die nötige pädagogische Fachkompetenz zu verfügen, weil vielleicht einfach das Günstigste bezogen werden muss.

Und das ist nicht weniger Bürokratie, das ist mehr Aufwand. Hinzu kommt: Die Vorlage schwächt den Lehrmittelverlag Zürich, den LMVZ, und damit ein wichtiges strategisches Instrument des Kantons. Vielleicht geht es bei dieser Initiative ja auch ein bisschen darum. Der LMVZ entwickelt seine Lehrmittel gemeinsam mit Lehrpersonen praxisnah und lehrplankonform. Er produziert auch Materialien für kleinere Zielgruppen, für Sonderpädagogik oder regionale Inhalte. Und genau solche Bereiche sind für private Verlage oft wirtschaftlich uninteressant. Private Verlage orientieren sich verständlicherweise an Rentabilität. Das ist kein Vorwurf, sondern es ist die Realität. Bildungspolitik darf sich aber nicht primär an Marktlogik orientieren. Die Vorstellung, mehr Wettbewerb führe automatisch zu besseren Lehrmitteln, greift deshalb zu kurz. Der Lehrmittelmarkt ist eben kein echter freier Markt mit vielen Anbietern. Vielmehr besteht die Gefahr, dass einzelne grosse private Anbieter dominieren und am Ende faktisch ein Monopol entsteht.

Aus meiner Erfahrung: Für viele Jahre war für das Fach Geschichte am Gymnasium ein Schulbuch entweder von Klett oder Cornelsen, und der Hauptinhalt der Geschichte orientierte sich an der deutschen Geschichte und nicht an der schweizerischen. Und auch das Kostenargument überzeugt nicht. Gemäss den Berechnungen der Vorlage würde der Lehrmittelverlag rund 25 Prozent seines Umsatzes verlieren, und der Kanton müsste anschliessend mit jährlich 1 bis vielleicht 3 Millionen Franken zusätzlich unterstützen. Gleichzeitig bedeutet mehr Auswahl eben auch mehr Doppelanschaffungen, mehr Lizenzkosten, mehr Koordinationsaufwand. Private Anbieter arbeiten gewinnorientiert, langfristig drohen deshalb eher höhere als tiefere Kosten.

Und vielleicht das wichtigste Argument: Diese Vorlage löst kein akutes Problem. Es gibt keinen riesigen, breiten Leidensdruck im heutigen System. Im Gegenteil, gerade die grossen Lehrpersonenverbände lehnen die Vorlage geschlossen ab, also auch jene Personen, in deren Namen diese Reform angeblich gemacht wird. Die Initiative verkauft sich als Modernisierung, in Wahrheit schafft sie mehr Bürokratie, mehr Kosten, mehr Unsicherheit und wahrscheinlich weniger Chancengerechtigkeit. Unser heutiges System ist nicht perfekt, das sage ich nicht, und natürlich soll man es auch weiterentwickeln. Aber man verbessert ein funktionierendes System nicht, indem man seine stabilen Grundlagen schwächt. Und darum bitte ich Sie, diese Initiative abzulehnen.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Ja, geschätzte Sibylle Jüttner, es ist nicht ganz ohne Reiz, dass du diese Vorlage vertrittst. Du bist Kantonsschullehrerin und profitierst von Lehrmittelfreiheit, aber du traust dieselbe Tätigkeit den Primarschullehrerinnen und -lehrern nicht zu. Ausserdem hast du gesagt, dass die grossen Lehrpersonenverbände dagegen seien. Das stimmt nicht. Der LCH (*Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz*), der grösste Lehrpersonenverband der Schweiz, unterstützt ganz klar die geleitete Lehrmittelfreiheit und hat dazu ein Positionspapier erlassen, so viel zur Korrektur.

Nun, wir befinden uns im Jahr 2026 nach Christus. In der ganzen Deutschschweiz wählen die Kantone und oftmals auch die Gemeinden, Schulen oder Lehrpersonen im Rahmen des Lehrplans zwischen den Lehrmitteln verschiedener Verlage aus. In der ganzen Deutschschweiz? Nein, ein von unbeugsamen Zürcherinnen und Zürchern bevölkerter Kanton hört nicht auf, gegen fremde Lehrmittel Widerstand zu leisten. Sie kennen das Zitat.

Der Kanton Zürich mag fortschrittlich sein, aber nicht überall. Im Bereich der Lehrmittelpolitik bildet er einen einsamen roten Fleck. Es ist der einzige Kanton mit einem namhaften Lehrmittelverlag. Und was haben wir davon? Keine Wahlfreiheit für Lehrpersonen und ein Preisdiktat durch den Lehrmittelverlag. Wir betreiben hier Heimatschutz aus Angst vor anderen Lehrmitteln. Im heutigen Konstrukt ist es für Lehrpersonen und Kinder kein Vorteil, sondern ein Nachteil, dass wir einen eigenen Lehrmittelverlag haben. Es herrscht Pflichtkonsum, one size fits all.

Welches sind die wichtigsten Punkte dieser Reform? Erstens, die Lehrmittelliste wird durch den Bildungsrat beziehungsweise seine Lehrmittelkommission erlassen. Sie müssen dem Lehrplan entsprechen, methodisch hochwertig und zu marktüblichen Preisen verfügbar sein. Die Lehrmittelkonferenz, und das ist ein grosser Unterschied zu heute, ist unabhängig von Lehrmittelverlagen, von jeglichen Lehrmittelverlagen. Die Lehrperson kann innerhalb der Lehrmittelliste frei wählen, wobei gewisse übergeordnete Abmachungen getroffen werden können, zum Beispiel pro Schulhaus oder für das Beispiel Andelfingen, das ist explizit auch erwähnt. Das Ganze bedeutet einen Wechsel weg von mehrheitlich obligatorischen Lehrmitteln, hin zu alternativ-obligatorischen Lehrmitteln, also zu einer sogenannten geleiteten Lehrmittelfreiheit.

Es ist unbestritten: Der LMVZ liefert hochwertige Lehrmittel. Das erkennt man auch an der hohen Exportquote, er macht fast oder ungefähr die Hälfte seines Umsatzes ausserkantonale. Die Gemeinden im Kanton Zürich aber müssen fast ausschliesslich die Lehrmittel des LMVZ beschaffen. Aber diese sind nicht immer, nicht in allen Fächern und nicht für jede Lehrperson zwingend das beste Lehrmittel. Man kann bei der Entwicklung eines Lehrmittels auch mal danebengreifen. Deshalb liberalisieren wir heute die Lehrmittelauswahl im Kanton Zürich ein kleines Stück.

Dass der Kanton Zürich einen eigenen Lehrmittelverlag hat, ist in gewissen Bereichen ein Vorteil. Dieser eigentliche Pflichtkonsum für alle unsere Schülerinnen und Schüler hat aber in den letzten Jahren die absurde Folge gehabt, dass wir trotz eigenem Verlag nicht mehr, sondern weniger Auswahl hatten als andere Kantone. Diese beschaffen gewisse Lehrmittel des LMVZ, aber nicht alle, weil es eben auch andere gute Lehrmittel gibt. Und in aller Regel lassen die übrigen Kantone ihren Lehrpersonen mehr Freiheiten in der Verwendung der Lehrmittel. In die eine Richtung – beim Export der Lehrmittel des LMVZ – fand der Kanton Zürich dies toll, das bringt ja Umsatz. Gleichzeitig wurde aber alles getan, um den eigenen Lehrpersonen den Zugang zu anderen, ausserkantonalen Lehrmitteln zu verwehren.

Am Zürcher Wesen soll die Schweiz genesen. Natürlich, auf dem Papier ist heute schon ein Alternativ-Obligatorium möglich, und es gibt ein solches in vereinzelt Fällen auch schon. Aber wenn ein Anbieter, nämlich der LMVZ, selber in der Kommission sitzt, die über Lehrmittel berät, ist es klar, dass das mit den Alternativ-Obligatoren in der Regel graue Theorie bleibt. Das hat die Vergangenheit bestätigt.

So hat eine Befragung der Lehrpersonen – der Lehrpersonen, Sibylle Jüttner – ergeben, dass über 70 Prozent ein alternatives Englischlehrmittel bevorzugen würden. Trotzdem wurde dieses erst nach langer Zeit und hartem Widerstand vorübergehend zugelassen. Die Folge: Der Kanton Zürich ist bei den Lehrmitteln so rigide wie kein anderer Kanton; und dies trotz HarmoS, wo es ja eben genau darum ging, dass nicht jeder Kanton sein eigenes Süppchen kochen muss. Andere Kantone sind hier im Vorteil, sie haben Wahlfreiheit.

Diese Wahlmöglichkeit soll es künftig auch für unsere Lehrpersonen geben. Wir reden hier nicht von Wildwuchs. Es gibt eine klare Vorselektion, es gibt eine geschlossene Liste. Alle Lehrmittel sind lehrplankonform, und damit ist auch der Abschluss gewährleistet.

Dass der LMVZ dort, in dieser Kommission, nicht mehr mitreden darf, ist selbstverständlich, sonst würde sich nämlich gar nichts ändern. Der Lehrmittelverlag Zürich ist durch diese Änderung nicht gefährdet. Die Lehrpersonen werden gute Lehrmittel nicht ohne Not ersetzen, denn das ist ein gewisser Aufwand. Und andere Kantone werden wie bisher weiterhin Lehrmittel des LMVZ beziehen. Aber der LMVZ hat dann im Kanton Zürich kein faktisches Monopol mehr. Es gibt keine garantierte Abnahmemenge zu einem diktierten Preis mehr, und die Erstellung der Lehrmittelliste erfolgt unabhängig von ihm und natürlich auch von anderen Verlagen. Der LMVZ muss neu durch Qualität zu einem wettbewerbsfähigen Preis brillieren, und das kann er auch, und es wird der Qualität seiner Lehrmittel sicher keinen Abbruch tun.

Und jetzt kommt ja das beste Argument von Sibylle Jüttner. Wenn tatsächlich befürchtet wird – und das steht schwarz auf weiss in der regierungsrätlichen Vorlage –, dass der Lehrmittelverlag Zürich 25 Prozent seines Umsatzes verlieren würde, also das wäre die Hälfte des Umsatzes im Kanton Zürich, um das umzurechnen, so würde das höchstens bestätigen, dass die Lehrpersonen – offenbar jede zweite – heute zur Verwendung von Lehrmitteln gezwungen werden, die sie nicht möchten. Ich meine, genau ab da muss man einfach aufhören, das ist ja völlig klar. Wenn das stimmt, dann ist es richtig, was wir tun, und wenn es nicht stimmt, dann stört es nicht, was wir tun.

Auch die pädagogischen Argumente überzeugen nicht. Kein anderer Deutschschweizer Kanton beschränkt die Lehrmittelauswahl faktisch auf einen eigenen Verlag, und trotzdem sind die Schülerinnen und Schüler nicht schlechter ausgebildet, oft eher im Gegenteil. Zudem ist die Methodenfreiheit vorgeschrieben, und neue Lehrmittel beeinflussen leider auch immer mehr und relativ stark die Methodenfreiheit oder schränken diese ein. Wer so redet, hat insgesamt schlicht Angst vor Wettbewerb. Die Gegner befürchten ein Oligopol statt eines Monopols, aber ein Oligopol mit wenigen Anbietern ist immer noch besser als ein Monopol mit gesichertem Absatz und diktierten Preisen. Wir meinen, der LMVZ muss sich nicht verstecken und den Wettbewerb nicht fürchten.

Und letztlich geht es um das Wohlergehen der Kinder, nicht um jenes des LMVZ. Die FDP ist erfreut, dass diese überparteiliche, doch recht umfangreiche PI ohne materielle Änderungen den langen Prozess in der Kommission – und jetzt hoffentlich auch im Rat – überstanden hat, und empfiehlt, die Gesetzesänderung zu unterstützen, zum Wohle unserer Kinder. Besten Dank.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Wir haben nun schon sehr viel über diese Methodenfreiheit gehört. Diese PI fordert nichts Weltbewegendes, denn das System, das wir hier fordern, ist bereits in vielen Kantonen bekannt. Ich verweise hier auf das,

was gerade von Marc Bourgeois gesagt wurde. Es geht also darum, dass wir eigentlich das, was bereits im Alltag auch bei uns im Kanton Zürich normal ist, noch gesetzlich umgiessen.

Denn viele Lehrpersonen nutzen heute schon Unterrichtsmaterial, das nicht aus den obligatorischen Lehrmitteln besteht. Offiziell muss ein obligatorisches Lehrmittel als unterrichtsleitendes Lehrmittel eingesetzt werden. Im Extremfall könnte das also heissen, dass die Lehrperson Anfang des Schuljahres das obligatorische Lehrmittel verteilt, jede Schülerin und jeder Schüler dieses Lehrmittel unter der Bank oder in seinem Fach versorgt. Und Ende Schuljahr wird das entsprechende Buch wieder eingezogen.

Die Methodenfreiheit ist deshalb so wichtig, weil wir wollen, dass unsere Kinder gezielt gefördert werden. Wir fordern Integration, wir fordern Individualisierung, wir fordern, dass unsere Lehrpersonen auf die Klassen und ihre speziellen Bedürfnisse eingehen. Das führt dazu, dass die Lehrpersonen ihren Unterricht sehr gekonnt nach ihren Klassen ausrichten und dasjenige Material zusammensuchen, das ihnen entspricht und ihren Schülerinnen und Schülern den Unterricht garantiert, den sie eben brauchen. Die Lernziele werden nicht über die unterrichtsleitenden Lehrmittel definiert, die Lernziele stehen im Lehrplan. Dieser ist verbindlich, dieser wird von den Lehrerinnen und Lehrern umgesetzt. Aber damit er auch umgesetzt werden kann und die Schülerinnen und Schüler diese Lernziele erreichen können, braucht es eben passende Lehrmittel und nicht einfach solche, die obligatorisch für alle vorgegeben werden.

Wir fordern aber nicht die totale Freiheit oder einen Wildwuchs, nein, es ist eine geleitete Lehrmittelfreiheit. Die Lehrpersonen sollen aus einer Lehrmittelliste, auf der geprüfte Lehrmittel zu finden sind, aussuchen können. Der Wunsch ist, dass die Lehrerinnen und Lehrer hier das Lehrmittel finden, das für ihre Klasse stimmt, und auch etwas, dass man vielleicht dann drei, vier Lehrmittel kennt – und nicht für jede Klasse ein eigenes, selbst zusammengetragenes Lehrmittel. Denn Lehrerinnen und Lehrer werden ihre Materialien immer auf ihre Klasse zugeschnitten anpassen. Heute tun sie das mit grosser Leidenschaft und häufig viel Aufwand und erstellen somit fast ein eigenes Lehrmittel. Warum soll das weiterhin notwendig sein, wenn es doch viele Lehrmittel gibt, die ihnen entsprechen würden, die aber offiziell nicht zugelassen sind? Lassen wir doch den Lehrerinnen und Lehrern die Methodenfreiheit und vertrauen darauf, dass sie im Rahmen des Lehrplans die Lehrziele mit diesen Mitteln auch umsetzen werden. Wir werden die PI unterstützen.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Es ist uns wichtig, klar zu benennen, worum es bei dieser parlamentarischen Initiative im Kern geht, nicht um pädagogische Verbesserungen oder höhere Unterrichtsqualität, sondern um eine stärkere Marktorientierung. Die Befürworterinnen und Befürworter versuchen dieses Ziel hinter dem Schlagwort der freien Lehrmittelwahl zu verbergen. Diese Argumentation überzeugt uns nicht, denn Lehrpersonen verfügen bereits heute über erhebliche pädagogische Freiheiten. Sie können neben den obligatorischen Lehrmitteln des

LMVZ zusätzliche Materialien einsetzen und ihren Unterricht eigenständig gestalten.

Im Schulalltag würde sich durch diese angeblichen Neuerungen kaum etwas ändern. Ein grundlegender Systemwechsel ist deshalb nicht angezeigt. Der Lehrmittelverlag Zürich, LMVZ, ist kein willkürliches Monopol, sondern Ausdruck einer bewusst gewählten kantonalen Verantwortung für Qualität und Einheitlichkeit der Volksschule. Diese nun für einen kleinen Ausschnitt des Schulalltags grundsätzlich infrage zu stellen und damit einen umfassenden Umbau auszulösen, wäre unverhältnismässig und systemfremd.

Wir fragen uns auch, die Klassen sind ja sehr heterogen: Wie wollen jetzt Lehrpersonen in Schulen genau für jedes Kind, wie es Herr Bourgeois gesagt hat, speziell Lehrmittel auswählen? Das geht ja gar nicht. Die geleitete Lehrmittelliste, wie sie die Befürworterinnen und Befürworter propagieren, würde einen erheblichen administrativen Mehraufwand nach sich ziehen. Es müssten mehr Lehrmittel geprüft werden, ohne erkennbaren pädagogischen Mehrwert.

Gleichzeitig würde der LMVZ faktisch ausgebremst, indem er nicht mehr Teil der Auswahlkommission ist. Die Annahme eines funktionierenden Lehrmittelmarktes ist realitätsfern. In der Deutschschweiz sprechen wir nicht von einem offenen Markt, sondern von einem engen Oligopol weniger Verlage. Von einem echten Qualitätswettbewerb kann hier kaum die Rede sein.

Das heutige System bringt demgegenüber klare Vorteile. Die obligatorischen Lehrmittel des LMVZ sichern die Anschlussfähigkeit bei Schul- und Klassenwechsel, erleichtern die Zusammenarbeit in den Teams und gewährleisten Kohärenz im Bildungssystem. Nur wenige Verlage bieten Lehrmittel auf vergleichbarem Niveau in Bezug auf Differenzierung und Ausarbeitung an. Das sind zentrale Elemente eines funktionierenden Schulbetriebs. Wenn nun argumentiert wird, der LMVZ müsste durch mehr Wettbewerb relativiert werden, stellt sich die Frage, welches Problem damit eigentlich gelöst werden soll. Ein gut funktionierendes, hochstehendes System wird hier ohne überzeugende Notwendigkeit aufgebrochen.

Und die Vernehmlassungsantworten im Kanton Zürich, Marc Bourgeois, zeigen auch, dass mehrere Gemeinden, Kreisschulbehörden, Verbände und weitere Organisationen damit nicht einverstanden sind. Diese Einwände nehmen wir tatsächlich ernst. Aus all diesen Gründen ist für uns klar: Diese Vorlage bringt keine Verbesserung, sondern eher Unsicherheit, zusätzlichen Aufwand und eine Schwächung bewährter Strukturen. In der Sache ist sie nicht überzeugend begründet. Wir lehnen deshalb diese PI ab und beantragen daher weiterhin konsequent Nicht-eintreten.

Kathrin Wylder (Die Mitte, Wallisellen): Die Idee einer geleiteten Lehrmittelfreiheit wirkt auf den ersten Blick attraktiv. Sie verspricht mehr Wahlfreiheit für Lehrpersonen, mehr Flexibilität im Unterricht und einen gewissen Qualitätswettbewerb zwischen verschiedenen Lehrmitteln. Die Mitte beurteilt die Vorlage aber

kritisch und wird nicht darauf eintreten. Entscheidend ist für uns, dass die heutigen Lehrmittel bereits eine gewisse Wahlfreiheit zulassen und gleichzeitig Anschlussfähigkeit zwischen Klassen, Stufen und Schulen sichern. Bereits heute können Lehrpersonen ergänzende Lehrmittel einsetzen und ihren Unterricht differenziert gestalten.

Gleichzeitig anerkennen wir den Hintergrund des Vorstosses. Die Kosten der Lehrmittel sind ein reales Thema. Der kantonale Lehrmittelverlag steht in der Verantwortung, seine Produkte effizient und kostengünstig zu gestalten. Aber eine Liberalisierung löst die Kostenproblematik nicht automatisch. Da der Lehrmittelmarkt in der Deutschschweiz ohnehin stark konzentriert ist, was faktisch einem Oligopol entspricht, würde eine weitere Öffnung eher zu einer Verschiebung führen, ohne dass sich Qualität oder Preise verbessern. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass bestehende Strukturen, insbesondere der kantonale Lehrmittelverlag, geschwächt werden, ohne dass daraus ein echter Mehrwert entsteht. Aus Sicht der Mitte ist es deshalb wichtig, dass die richtige Antwort auf hohe Lehrmittelkosten nicht ein noch stärker konzentrierter Markt mit mehr Komplexität ist, sondern ein leistungsfähiger und effizient geführter kantonaler Lehrmittelverlag, der qualitativ gute und gleichzeitig bezahlbare Lehrmittel bereitstellt. Die Mitte fordert deshalb klar: Der Lehrmittelverlag muss sich an der eigenen Effizienz und Preisgestaltung messen lassen und seine Verantwortung gegenüber den Schulen wahrnehmen.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Um die Haltung der EVP-Fraktion gleich auf den Punkt zu bringen: Diese parlamentarische Initiative löst ein Problem, das gar keines ist. Wir haben heute eine sehr gut funktionierende Lehrmitelerarbeitung und -beschaffung, dies nicht zuletzt durch eine enge Zusammenarbeit des Schulfeldes mit dem Lehrmittelverlag. Wir können stolz sein auf den hervorragenden Job, den unser Lehrmittelverlag leistet und dessen Gewinn übrigens dem Kanton zugutekommt. Und schliesslich garantieren wir mit der heutigen Regelung mit den festgelegten Lehrmitteln auch einen reibungslosen Wechsel der Klasse, des Schulhauses oder gar des Wohnortes unserer Schülerinnen und Schüler. Aus all diesen Gründen tritt die EVP-Fraktion nicht auf diese PI ein; sie löst ein Phantomproblem und schafft dafür neue Probleme.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Die Gesetzesvorlage, über die wir heute in diesem Rat diskutieren und abstimmen, geht auf einen längeren Kreuzzug von Marc Bourgeois zurück. Vor einigen Jahren triggerte ihn das Wörtchen «UNIA» in einem Lehrmittel. Sie müssen wissen, die UNIA ist die grösste Gewerkschaft in der Schweiz und recht aktiv und erfolgreich im Kampf gegen die Ausweitung von Ladenöffnungszeiten wie auch von Sonntagsarbeit. Daraufhin reichte er eine PI für politisch neutrale Lehrmittel ein. Wie Sie wissen, führte die PI zu keinem Resultat.

Fast gleichzeitig mit dem Kampf für neutrale Lehrmittel führte er auch einen Kampf gegen den Lehrmittelverlag des Kantons Zürich. Der staatliche, sehr erfolgreiche und gut geführte Lehrmittelverlag war ihm aus mir unbekannten Gründen ein Dorn im Auge. In der GLP und der SVP fand er Verbündete. Darum wird heute die Gesetzesänderung, die auf die PI mit dem Titel «Qualitätswettbewerb statt Monopol bei den Lehrmitteln – für eine geleitete Lehrmittelfreiheit» von Marc Bourgeois zurückgeht, leider eine Mehrheit finden. Die vorliegende Gesetzesänderung, die heute eine Mehrheit finden wird, hat erstens zur Folge, dass der Lehrmittelverlag mit seiner fachlichen Kompetenz nicht mehr in der Lehrmittelkommission vertreten ist. Und zweitens, dass er voraussichtlich weniger Lehrmittel entwickeln kann, weil er erst zum Zug kommt, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgenutzt wurden und sich kein passendes Lehrmittel findet. Fazit: Der kantonale Lehrmittelverlag wird bewusst geschwächt. Diese Politik ist Mikromanagement vom Feinsten. Es ist ein «Gingg» gegen den gut arbeitenden Lehrmittelverlag des Kantons Zürich. Die Alternative Linke, AL, wird diese Gesetzesvorlage darum ablehnen. Besten Dank, tun Sie es uns gleich.

Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen) spricht zum zweiten Mal: Lieber Marc Bourgeois, gerne repliziere ich. Es ist richtig, dass am Gymnasium eine absolute Lehrmittelfreiheit herrscht. Der Fakt ist, dass es kaum geeignete Lehrmittel gibt für die verschiedenen Fächer und somit eigentlich alle die gleichen Lehrmittel verwenden. Das bedeutet, wie vorher gesagt: Im Fach Geschichte mussten wir jahrelang auf deutsche Lehrmittel ausweichen, die für den deutschsprachigen Raum produziert wurden und über 100 Seiten die deutsche Geschichte zum Inhalt hatten. Und die schweizerische Geschichte musste sowieso immer mit zusätzlichen Materialien vermittelt werden.

Das Zweite ist: Das Positionspapier habe ich mit grossem Interesse gelesen, und wenn ich mir das anschau, dann steht dort sehr klar, dass bei einer geleiteten Wahlfreiheit im Rahmen der Lehrmittel die Kantone, die Gemeinden und dann, heruntergebrochen, die Lehrpersonen, die Fachschaften und die Stufenteams sicherstellen müssen, dass eine Mobilität zwischen den Stufen und zwischen den Gruppen gewährleistet ist.

Und genau das ist der Punkt, auf den ich vorher hingewiesen habe. Es ist etwas träumerisch, sich vorzustellen, dass eine Lehrperson individuell in einem Schulhaus mit 100 Kindern dann für ihre Klasse völlig frei Entscheide fällen kann. Ich gehe stark davon aus, dass die Lehrerteams, die Jahrgangsverantwortlichen oder eben auch die Fachschaften sich gezwungenermassen auf ein Lehrmittel einigen werden – weil es einfach ansonsten keinen Sinn macht, auch wenn verschiedene Kinder aus verschiedenen Gemeinden nachher zum Beispiel in die Sekundarstufe übertreten.

Und als Historikerin freue ich mich, dass du dich immer an dieses Englischbuch zurückerinnerst. Ich glaube, das ist jetzt doch einige Jahre her, und das Beispiel zeigt, dass einiges schiefgelaufen ist. Das Beispiel zeigt aber auch, dass man Massnahmen ergriffen hat und die Lehrpersonen – etwas spät, davon gehe ich aus,

aber doch – Gehör gefunden haben und man dieses Lehrmittel dann verändert und durch ein besseres ersetzt hat. Ich kenne kein anderes Beispiel von einem so verkorksten Lehrmittel wie das, das du immer anführst in Englisch. Daher bin ich nach wie vor der Überzeugung, dass diese Veränderung unnötig ist und nicht zum Besseren wirkt.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Obwohl schon sehr vieles gesagt wurde, ist es mir ein Bedürfnis, in aller Kürze zusammenzufassen, warum wir gegen diese parlamentarische Initiative sind. Mit dieser parlamentarischen Initiative verkomplizieren wir die internen verwaltungstechnischen Prozesse bei der Auswahl der Lehrmittel massiv, und somit, da bin ich sicher, wird vieles auch teurer. Das andere: Lehrpersonen können heute schon frei wählen, das wurde auch schon sehr pointiert gesagt. Lehrpersonen werden hiermit eine Freiheit erhalten, die sie heute schon haben. Alle Lehrpersonen arbeiten heute schon mit Lehrmitteln, die sie selber aussuchen. Es wird sich nichts daran ändern, es wird einfach alles teurer und komplizierter.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank für all eure Voten, um hier eine gewisse Liberalisierung zu verhindern. Ich möchte eines vorausschicken: Es geht nicht in erster Linie ums Geld. Wir wissen alle: Die Lehrmittel werden kaum gross günstiger werden. Es geht um die Wahlfreiheit für die Lehrpersonen, um die Qualität der Lehrmittel. Der Tagi (*Tages-Anzeiger*) hat mich am Freitag gefragt, ob ich denn Beispiele inakzeptabler Lehrmittel nennen könne. Aber darum geht es gar nicht, denn die Lehrmittel des Zürcher Lehrmittelverlags sind für viele Lehrpersonen gut, aber vielleicht nicht für alle. Wenn ich mich auf einem Kreuzzug befinde, Judith Stofer, dann kann ich sagen: Ich bin in bester Gesellschaft, wie gesagt, mit dem LCH. Dieser vertritt, Sibylle Jüttner, nicht das, was wir hier haben. Dieser will eine geleitete Lehrmittelfreiheit. Dass es eine gewisse Koordination braucht und dass das möglich ist, steht sogar so im Gesetz. Also die Schulkommission kann zum Beispiel hier wirken, et cetera. Und die Lehrperson ist ganz am Schluss, ganz am Ende der Nahrungskette, also sie ist immer noch nicht so frei wie an den Gymnasien. Was aber lustig ist, ist, dass wir jetzt zwei Lehrpersonen von Mittelschulen und eine Lehrperson aus Berufsschulen gehört haben, aber keine Primarlehrperson. Und alle drei haben Lehrmittelfreiheit, und alle drei bekämpfen die Lehrmittelfreiheit. Da warte ich eigentlich nur noch auf den Vorstoss für ein Lehrmittelobligatorium in den Mittelschulen und in den Berufsschulen. Wann kommt denn der, wenn dieses System so überlegen ist?

Dann möchte ich schnell noch zu Wilma Willi sagen: Ich habe nie gesagt, du kannst das gerne im Video nachschauen, dass jedes Kind ein anderes Lehrmittel habe. Das ist ja völlig absurd. Es ist ja völlig klar, dass in einer Klasse, vielleicht auch in einem Schulhaus, ein Lehrmittel verwendet wird. Aber ich denke, das können wir der Basis überlassen. Ich traue der Basis offenbar mehr zu, als Sie ihr zutrauen.

Zu Kathrin Wydler: Wenn der Zürcher Lehrpersonenverband dagegen ist – er hat keine Erfahrung in dieser Sache. Aber der Schweizer Lehrpersonenverband ist eben nicht dagegen. Ein Beispiel, ein Bericht mit einiger Erfahrung aus dem Kanton Baselland, zeigt, dass das dort völlig problemlos funktioniert. So viel anders sind unsere Kinder und unsere Lehrpersonen auch nicht als diejenigen im Kanton Baselland. Dann hast du Mühe mit einem Oligopol und bevorzugst ein Monopol. Wir haben gerade im Lebensmittelmarkt in der Schweiz faktisch auch ein Oligopol, und wir haben einen harten Preis- und Qualitätswettbewerb. Also das funktioniert durchaus.

Und schliesslich zu Hanspeter Hugentobler: Du hast gesagt, die Vorlage löse ein Problem, das keines sei. Dann stimmt aber etwas nicht in der regierungsrätlichen Vorlage, denn dort steht, 25 Prozent des Umsatzes würden eingebüsst werden. Nun werden 50 Prozent des Umsatzes im Kanton Zürich gemacht. Das heisst, die Hälfte würde wegfallen. Das heisst, wenn das stimmt, dass die Hälfte der Lehrpersonen heute gezwungen wird, Lehrmittel zu verwenden, die sie nicht verwenden möchten und die sie nicht mehr verwenden würden, und das ist das beste Argument für die Liberalisierung. Besten Dank.

Christa Stünzi (GLP, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte auf einzelne Punkte ganz kurz replizieren. Erstens zur Frage der Mobilität: Bereits heute, wenn Kinder unter dem Jahr die Klasse oder die Schule wechseln, führt das häufig zu grossen Schwierigkeiten, nur schon deshalb, weil jede Klasse unterschiedlich ist und nicht jede Klasse gleich schnell vorankommt. Zudem haben wir viele Themenbereiche, in denen die Lehrpersonen ihre Spezialthemen selber wählen können, beispielsweise, ob sie in der Biologie nun das Eichhörnchen oder den Frosch studieren, und das ist dann auch nicht das gleiche Material.

Das Zweite – Lehrmittel: Gibt es heute Lehrmittel, die umstritten sind? Ich nenne hier jetzt eines, im Gegensatz zu Marc Bourgeois sage ich jetzt, dass das Mathematiklehrmittel, das wir aktuell haben, ein extrem sprachlastiges Lehrmittel ist und in vielen Klassen zu Problemen führt, gerade dann, wenn eben Sprache ein Thema ist. Es gäbe hier sehr gute Alternativen, aber die Lehrpersonen haben aus der Erfahrung mit dem Englischlehrmittel gelernt und setzen ihre Zeit und ihren Fokus eher dafür ein, Materialien zu finden, um das Lehrmittel im Alltag zu ergänzen oder zu ersetzen, statt das System anzupassen.

Für die Systemanpassung sind eben wir hier, und das bringt mich zum Punkt von Frau Stofer. Es ist nicht eine kleine Anpassung, es ist nicht Mikromanagement, es geht hier um einen Grundsatz: Wollen wir eine geleitete Lehrmittelfreiheit zulassen?

Und das bringt mich zum letzten Punkt. Wenn Sie schon als Vertreterinnen der Sekundarstufe II, Berufsschule und Gymnasien, dafür weibelnd, dass es keine Lehrmittelfreiheit braucht, obwohl Sie eine absolute Lehrmittelfreiheit geniessen, dann frage ich: Wäre es nicht konsequent, wenn Sie damit ein Lehrmittelobligatorium für Ihre eigene Stufe forderten?

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) spricht zum zweiten Mal: Auf die Gefahr hin, dass man mir nun wieder Befangenheit vorwirft – ich muss einfach eine wichtige Korrektur machen: Ich bin Primarlehrerin, und ich rede aus meinem Berufsalltag heraus. Wir konnten immer die Lehrmittel frei wählen, immer. Es gibt zwei, drei obligatorische, je nachdem, auf welcher Stufe du unterrichtest, aber du kannst wählen, welches du willst. Und ich habe immer ein Potpourri gemacht, ich habe mich den Klassen angepasst, meinen eigenen Interessen, und so weiter. Es ist möglich, wir sind frei in der Wahl der Lehrmittel nebst den obligatorischen.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Vielleicht einfach eine Vorbemerkung: Es wird hier eine Liberalisierung gefordert. Ich fühle mich manchmal ein bisschen wie im falschen Film, denn im Bereich der Volksschule fordern Sie ja sonst eigentlich immer – und das sind die gleichen Votanten – mehr Kontrolle, mehr Aufsicht, mehr Steuerung und mehr Gleichheit, Gleichheit für alle Schülerinnen und Schüler.

Mit dieser Vorlage möchten Sie nun die kantonale Lehrmittelpolitik ändern, die eben mit dem System der obligatorischen Lehrmittel genau das garantiert, die Gleichheit, die Kontrolle, die Aufsicht und die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Schulen. Es ist an dieser Stelle wichtig, darauf hinzuweisen, dass sowohl Lehrpersonalverbände als auch der Verband der Zürcher Schulpräsidien die vorliegenden Änderungen ablehnen. Mit anderen Worten: Diejenigen, die die Lehrmittelpolitik in der Praxis umsetzen müssen, tragen die heute zu beratenden Änderungen nicht mit. Unabhängig davon, was man von den Änderungen halten mag, ist das sicher keine optimale Voraussetzung.

Und, Entschuldigung, wir sind Zürcherinnen und Zürcher, wir haben ein Zürcher System. Ich möchte mich nicht mit dem Kanton Baselland vergleichen lassen, er hat ein viel kleineres System. Und ob dort die Lehrmittelpolitik so erfolgreich ist, das bleibe dahingestellt, ich habe also auch sehr kritische Voten gehört.

Auch der Regierungsrat lehnt die Vorlage ab. Sie ändert eben ohne Not die Lehrmittelpolitik des Kantons, die funktioniert und in der Praxis akzeptiert ist, wie die Vernehmlassung zeigt. Die bestehende Lehrmittelpolitik stellt sicher, dass den Volksschulen im Kanton Zürich lehrplankonforme, praxisnahe und erprobte Lehrmittel zur Verfügung stehen. Wir können jetzt über das Englischlehrmittel wieder diskutieren, das ist aber schon vor meiner Amtszeit bereits lange abgeschlossen gewesen. Also reden wir tatsächlich über geschichtliche Vorgänge, 20-jährige, wohlgemerkt.

Obligatorische oder alternativ-obligatorische Lehrmittel in Kernfächern bieten eine klare Orientierung und stellen sicher, dass klassenübergreifend gearbeitet werden kann und bei Klassen- und Schulwechseln innerhalb des Kantons der Anschluss gut gelingt. Die Lehrmittelpolitik dient der Volksschule. Wenn behauptet wird, die gegenwärtige Lehrmittelpolitik in Zürich sei so, um dem kantonalen Lehrmittelverlag gute Geschäfte zu ermöglichen, muss ich das hier klar zurückweisen. Es ist aber so, dass der Kanton Zürich in der komfortablen Lage ist, dass er einen gesunden und leistungsfähigen Lehrmittelverlag hat. Das gibt uns die

Möglichkeit, mitzureden bei der Bestellung und Erarbeitung der Lehrmittel, die wir brauchen.

Das macht dann übrigens der Bildungsrat, ein von Ihnen gewähltes Gremium. Wir sind nicht abhängig von anderen, häufig auch aus dem Ausland kontrollierten Verlagen. Der Lehrmittelverlag Zürich ist damit Teil der Lehrmittelpolitik und dient unserer Lehrmittelsouveränität. Dies ist angesichts der Entwicklungen um KI, Fake News und mediale Polarisierung besonders wichtig. Der Gründer des Verlags ist übrigens – und ich sage dies nicht spasseshalber – der liberale Urvater Alfred Escher, der die Bedeutung dieser Frage schon vor 175 Jahren erkannt hat. Meines Wissens ist der Lehrmittelverlag somit die einzige von Escher gegründete Institution, die es noch gibt.

Kommen wir zu den Kosten. Man erhofft sich von der vorliegenden Änderung Kosteneinsparungen; das könnte sich als trügerisch erweisen. Die Bewirtschaftung der Lehrmittelliste, die Auswahl und Beschaffung der Lehrmittel und der Vertrieb werden eher zu Mehrkosten für die Gemeinden führen.

Zu erwähnen ist schliesslich, dass die Vorlage in der Kommission intensiv diskutiert wurde. Die ursprüngliche Formulierung der PI wurde in den Beratungen insgesamt in eine sinnvolle Richtung überarbeitet. Das bedeutet: Es braucht diese Vorlage nicht. Aber wenn Sie dieser Vorlage heute zustimmen, dann stimmen Sie immerhin einem durch die KBIK verbesserten Produkt zu. Es bleibt aber dabei: Ich bitte Sie, die Vorlage abzulehnen.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Sibylle Jüttner gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 98 : 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und auf die Vorlage einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

*Das Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 wird wie folgt geändert:
§§ 22, 22a, 22b, 23, 59 und 71*

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

II.

*Das Lehrpersonalgesetz vom 10. Mai 1999 wird wie folgt geändert:
§ 18*

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten und geht an die Redaktionskommission.

Das Geschäft ist für heute erledigt.